

Mit absurder Geldpolitik in die Deflation und zum Ende der Weimarer Demokratie

Von JOSEF HÜWE

Im Jahre 1932 erreichte die große Wirtschaftskrise in Deutschland mit über 6 Millionen Arbeitslosen ihren Höhepunkt. Die damalige Geld- und Kreditpolitik war dabei von entscheidender Bedeutung – ein zu selten beachteter Aspekt.

Nach dem Chaos der Super-Inflation der Jahre 1922/23 hatte die praktische Handhabung der Rentenmark in der Zeit von November 1923 bis August 1924 bewiesen, wovon etliche Geldtheoretiker und Währungsreformer schon längst überzeugt waren: Gold ist als Mittel zur Stabilisierung der Währung überflüssig. Dennoch gab es in Bankkreisen einflussreiche Persönlichkeiten, die sich für eine Wiedereinführung der Goldwährung einsetzten. Die neue Bankgesetzgebung vom 30.8.1924 verpflichtete die deutsche Reichsbank, die von ihr in Umlauf gegebene Geldmenge zu 40% durch Gold und Devisen zu decken, zu mindestens 30% durch Gold (§ 28 Reichsbankgesetz).

In den Young-Plan-Verhandlungen (1929/30) wurde die Goldwährung für Deutschland bestätigt, und es wurde festgelegt: Vom Ausland empfangene Kredite sollten in Gold zurückgezahlt werden. Bald nach Einsetzen der Wirtschaftskrise in den USA im Oktober 1929 wurden Auslandskredite aus Deutschland abgerufen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarung verlor die Reichsbank von Mitte 1930 bis Mitte 1931

mehr als die Hälfte ihres Gold- und Devisenbestandes, allein in den Monaten Mai bis Juli 1931 im Wert von zwei Milliarden Reichsmark. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen lösten folgende Maßnahmen der Reichsbank in Deutschland eine Super-Deflation mit Massenarbeitslosigkeit aus:

Geldverknappung

Um das vorgeschriebene Deckungsverhältnis einzuhalten, setzte Reichsbankpräsident Luther eine verhängnisvolle Restriktionspolitik durch: Kreditverteuerung, schrittweise Erhöhung des Diskontsatzes bis auf 20 Prozent! Also Kreditverknappung. Und der Umlauf von Reichsbanknoten wurde von Ende 1929 bis Ende 1932 um 30 Prozent verringert! Dadurch wurde das durch den ersten Weltkrieg ohnehin schon geschwächte Wirtschaftsleben noch mehr gebremst. Das allgemeine Preisniveau sank. Es stellten sich Absatzstockungen ein, die in der Folge zur Drosselung der Produktion und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit führten. Das durch Geldverknappung verursachte Sinken des Preisniveaus

Die Kanzler der Weimarer Republik von 1919 bis 1933



Reihe oben v.l.n.r.

Philipp Scheidemann, SPD, 13.2.1919 – 20.6.1919
 Gustav Bauer, SPD, 21.6.1919 – 26.3.1920
 Hermann Müller, SPD, 27.3.1920 – 8.6.1920
 Konstantin Fehrenbach, Zentrum, 25.6.1920 – 4.5.1921
 Dr. Joseph Wirth, Zentrum, 10.5.1921 – 14.11.1922
 Dr. Wilhelm Cuno, parteilos, 22.11.1922 – 12.8.1923

Reihe unten v.l.n.r.

Dr. Gustav Stresemann, DVP, 13.8.1923 – 23.11.1923
 Dr. Wilhelm Marx, Zentrum, 30.11.1923 – 15.1.1925
 Dr. Hans Luther, parteilos, 15.1.1925 – 16.5.1926
 Dr. Heinrich Brüning, Zentrum, 30.3.1930 – 31.5.1932
 Franz von Papen, parteilos, 1.6.1932 – 1.12.1932
 Kurt von Schleicher, parteilos, 3.12.1932 – 28.1.1933

wurde zum Selbstläufer. In Erwartung weiter fallender Preise schoben die Konsumenten einen Teil ihrer Einkäufe möglichst weit hinaus.

Einige der Notverordnungen der Regierung Brüning verstärkten noch den deflationären Preisverfall, insbesondere die rigorose Spar- und Kürzungsverordnung vom 8.12.1931, mit der versucht wurde, die öffentlichen Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen und fallenden Preisen anzupassen. Unzureichende Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft also ließ Produktion und Verbrauch zusammenbrechen und die Zahl der Arbeitslosen auf über 6 Millionen (1932) steigen.

Versäumte Alternativen

Die Restriktionspolitik war absurd. Die Deckungsvorschriften hätten nicht weiter beachtet werden dürfen, für die inländische Geldversorgung hätte auf die ohnehin unnötige Golddeckung verzichtet werden müssen. England hat sich im September 1931 aus dem internationalen System des Goldstan-

dards gelöst! Für ein gleiches Vorgehen zwecks Vermeidung einer Deflation hätte Deutschland im Ausland sicher Verständnis gefunden, denn an einem Niedergang der deutschen Wirtschaft und einem Ausbleiben der Wiedergutmachungszahlungen konnte anderen Nationen nicht gelegen sein.

Und welche weiteren Maßnahmen hätten im Übrigen in Deutschland ergriffen werden müssen? Zinsen senken, billige Kredite ermöglichen, die Geldmenge ausweiten. Damit wären die Voraussetzungen geschaffen worden für eine Ankurbelung der Konjunktur und den Abbau der Arbeitslosigkeit, ohne dass damit die so sehr gefürchteten Inflationsgefahren ausgelöst worden wären. Zahlreiche Vorschläge für die Ausweitung des inländischen Bankkredits, für Kreditausweitung für die Arbeitsbeschaffung, für eine kräftige staatliche Initialzündung, wurden von der Regierung abgelehnt, auch Vorschläge aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium, von Oberregierungsrat Wilhelm Lautenbach und Staatssekretär Hans Schäffer, dem späteren Finanzminister unter Adenauer. Um der deutschen Reichsbank zusätzlichen Geld- » » »



Deutschland – Eine anatomische Merkwürdigkeit:
Es schreibt mit der Linken und tut mit der Rechten.

In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist,
für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.

Kurt Tucholsky (1890-1935)

schöpfungsspielraum zu schaffen, schlug im Januar 1932 Prof. Ernst Wagemann, Präsident des Statistischen Reichsamtes, eine Lockerung der Währungsdeckung vor. Auch dieser Plan fand bei der Regierung keine Zustimmung.

Erwähnenswert ist auch der 1930 verstorbene Silvio Gesell, dem der bekannte englische Nationalökonom J.M. Keynes in seinem 1935 erschienenen Hauptwerk Anerkennung zollte. Gesell hatte in seinen Veröffentlichungen bereits spätere, moderne Gedanken der Konjunkturbetrachtung vorweggenommen, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Seine Vorschläge zur Vermeidung und Bekämpfung deflationärer Krisen hatten durch die politisch ungebundene Freiwirtschaftsbewegung größere Verbreitung gefunden. Gesell-Anhänger gaben Schriftenreihen, Zeitschriften und Zeitungen heraus, die Regierung und Reichsbank laufend vorhielten, was sie falsch machten.

Die Kaufkraft des Geldes wird bestimmt durch das Verhältnis der Nachfrage haltenden Geldmenge zum Warenangebot, nicht aber durch den stofflichen Wert eines Edelmetalls, das in den Kellern der Zentralbank lagert. Was damals überwog, ein Golddeckungs-Aberglaube oder die mit dem Gold verbundenen Wirtschaftsinteressen oder eine völlig übertriebene Inflationsangst, sei dahingestellt. Jedenfalls hätte die deutsche Wirtschaft die in den USA aus ganz anderen Gründen entstandene Krise keinesfalls mitmachen müssen. Sie befand sich im Aufbau und war keineswegs schon deflationsreif, wie Volkswirtschaften nach langen Wachstumsphasen und aufgrund der langfristigen Folgen ständig positiver Zinsen.

Abgesehen davon, dass weder Reichsbankpräsident Luther noch Brüning ein Konzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise hatten, dem Reichskanzler lag eine entsprechende Absicht zunächst offenbar fern. Wie Brüning in seinen Memoiren gesteht, wollte er die Krise dazu benutzen, die Streichung der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg im Friedensver-

trag von Versailles auferlegten Wiedergutmachungsforderungen zu erreichen. Dem Ausland sollte mit dem Elend der Krise und der Massenarbeitslosigkeit gezeigt werden, dass Deutschland wirtschaftlich nicht in der Lage war, die Forderungen zu erfüllen. Erst nach Streichung der Reparationsforderungen sollte eine Gesundung der Wirtschaft angestrebt werden – ein Politikkonzept mit schlimmen Folgen.

Mit einer anderen Geld- und Kreditpolitik hätte Massenarbeitslosigkeit vermieden und damit das Vertrauen in die noch junge Demokratie gefestigt werden können. Mit der Massenarbeitslosigkeit aber wurde ein bedeutsames Sprungbrett für den Nationalsozialismus geschaffen. Ende Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Im März desselben Jahres nahm die Reichstagsmehrheit das „Ermächtigungsgesetz“ an („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“), gegen die Stimmen der SPD, während die Kommunisten an der Ausübung ihrer Mandate gehindert waren. Hitler erhielt durch dieses Gesetz Vollmacht für willkürliches Handeln: Errichtung des totalitären Führerstaates, Beseitigung der Weimarer Demokratie und des Rechtsstaates. Der Aufstieg Hitlers und des Nationalsozialismus hatte soziologische, psychologische und ökonomische Gründe. Die von der Reichsbank und der Regierung Brüning praktizierte Geld- und Kreditpolitik ist in dem Zusammenhang von wesentlicher Bedeutung. « « «

Quellen:

- Reichsbankgesetz v. 30.8.1924. In: Reichsgesetzblatt 1924 Teil II., Johannes Ude: Das Geld. Sein Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Gams/Schweiz 1935.*
Karl Walker: Das Geld in der Geschichte. 1959.
H.K.R. Müller: Währung und Wirtschaftsschicksal. 1959.
Max Leuchtenberg: Woran scheiterte Weimar? 1961.
Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934. 1970.
Gerhard Ziemer: Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik. 1971.
Hans Hoffmann: Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der Elemente der Geldmenge auf die Stabilität der inneren Kaufkraft des Geldes. 1977. Carl-Ludwig Holtfrerich (FU Berlin): Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. 1982.